

## Vorbericht

Der Haushaltplan für das Jahr 2009 entsteht in einer weltweit dramatischen Phase volks- und finanzwirtschaftlicher Brüche. Dies ist allen spürbar, nicht nur beim Lesen der Zeitungsschlagzeilen, sondern in vielen jeweils ganz eigenen persönlichen Erfahrungen und Ängsten. Jede wirtschaftliche Entwicklung hat Auswirkungen auf den gesamten öffentlichen Bereich und damit auch auf den Kreis Borken. Sie darf deshalb nicht ausklammern, wer sich mit der Zukunft des Kreises Borken befasst. Und genau diese Zukunftsorientierung ist wesentliches Kriterium öffentlicher Haushaltsplanung.

Müssen deshalb aktuelle Befürchtungen im Haushaltsplan des Kreises Borken aufgegriffen werden? Sollte der Einspargedanke im Vordergrund stehen, oder sollte der Kreis sich jetzt bewusst antizyklisch verhalten? Entsprechen solche Überlegungen vielleicht nur der Mentalität, die vorsichtigen Finanzverantwortlichen zu eigen ist? Rückt das neue kommunale Finanzmanagement mit dem Rechnungswesen nicht auch eine kaufmännische Sicht in den Mittelpunkt, die Solidität mit Risikofreude verbindet?

Wie also soll sich der Kreis Borken mit seinem Haushalt positionieren?

Grundsätzlich ist die Ausgangslage erfreulich. Das Steueraufkommen ist bundes- und landesweit erheblich gestiegen. Der Kreis Borken erhält dadurch höhere Schlüsselzuweisungen. Die gute Entwicklung zeigt sich auch bei den Städten und Gemeinden des Kreises, die überwiegend höhere eigene Steuereinnahmen verzeichnen.

Dies ist die eine Seite der Medaille. Die andere sieht völlig anders aus.

Die täglichen Wirtschaftsnachrichten überschlagen sich mit Horrormeldungen: Bankenzusammenbrüche zunächst in den Vereinigten Staaten von Amerika, und auch deutsche Banken geraten in Schwierigkeiten. Einige Staaten stehen vor dem finanziellen Zusammenbruch. Der Bundestag beschließt in außergewöhnlicher Schnelligkeit das Finanzmarktstabilisierungsgesetz und eröffnet damit den Weg, in Schwierigkeiten geratene Banken zu unterstützen. In Vorbereitung sind weitere Instrumente, die das Vertrauen in die Volkswirtschaft verbessern und die Konjunktur beleben sollen.

Von der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit bleibt auch der Kreis Borken nicht unberührt. Wirtschaftliche Schwierigkeiten bei Unternehmen wichtiger Industriezweige führen bei Zulieferbetrieben im Kreis Borken zu ersten Auswirkungen.

Was also wird die Zukunft bringen? Kann und muss sich der Kreis bei seiner Haushaltsplanung darauf einstellen?

Eine Grundaussage ist sicher richtig, so antiquiert sie klingen mag: Sparsames und wirtschaftliches Handeln – alte Grundsätze des Haushaltsrechts – sind immer der richtige Weg. Der Kreis Borken hat ihn stets beschritten. Dadurch war es ihm möglich, gerade in schwierigem Umfeld zukunftsweisende Impulse zu geben. Der Haushalt 2009 setzt diese Tradition fort.

Zukunftsorientierte Entscheidungen werden deshalb nicht aufgeschoben. Das gilt besonders für alle Vorhaben in den Bereichen der Familie, Jugend und Bildung. Hierfür ist der Konsens innerhalb der sogenannten „kommunalen Familie“ unerlässlich. Wenn aber neue Vorhaben in Angriff genommen werden sollen, müssen sie auch solide finanziert werden.

## **1. Allgemeine Finanzierungsmittel**

Die Ertragsprognose für die allgemeinen Finanzierungsmittel des Haushaltsentwurfs basiert auf der ersten Modellrechnung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik für den Referenzzeitraum vom 01.07.2007 bis 30.06.2008. Danach steigt die Steuerkraft der Städte und Gemeinden gegenüber dem Vorjahr um 9,4 %. Dabei ist die Entwicklung recht unterschiedlich. Gestiegenen Steuereinnahmen bei 14 Kommunen mit einem Zuwachs bis zu 35,5 % steht bei 3 Kommunen ein Rückgang der eigenen Steuereinnahmen zwischen 1,3 % und 5,0 % gegenüber. Diese insgesamt sehr positive Entwicklung der Steuerkraft führt allerdings nach der Systematik des Finanzausgleiches zu einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen der Städte und Gemeinden um rund 17 %. Netto verbessert sich damit die Finanzsituation der Städte und Gemeinden im Kreis Borken insgesamt um rund 4,4 %.

In gleichem Maße erhöhen sich auch die Grundlagen für die Berechnung der Kreisumlagen. Sie steigen gegenüber 2008 um rd. 16 Mio. EUR auf 382,8 Mio. EUR. Bei gleichbleibendem Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage führt dies beim Kreis Borken zu einem Mehrertrag von 5,2 Mio. EUR.

### Entwicklung der Umlagegrundlagen

2007	330.709.476 EUR
2008	366.794.934 EUR
2009	382.844.881 EUR (1. Modellrechnung zumGFG 2009)

Für den Kreis Borken ist erfreulich, dass sich der Rückgang der Schlüsselzuweisungen bei vielen Städten und Gemeinden nicht voll auswirkt. Hier werden nach der ersten Modellrechnung gegenüber dem Vorjahr 1,3 Mio. EUR mehr erwartet. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Werte auf Grund der zweiten Modellrechnung weiter verbessern werden. Aus diesem Grund werden hier die Schlüsselzuweisungen pauschal um 1 Mio. EUR höher angesetzt (im Übrigen wird auf die Ausführung beim Haushaltsausgleich verwiesen).

### Entwicklung der Schlüsselzuweisungen

2007	31.289.981 EUR
2008	38.083.800 EUR
2009	40.534.575 EUR (einschließl. fiktiver Erhöhung um 1 Mio. EUR; siehe Ausführungen zum Haushaltsausgleich)

Veränderungen bei den allgemeinen Finanzierungsmitteln des Kreises Borken wirken sich aber nicht nur positiv auf den Kreishaushalt aus. Vielmehr profitiert auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe von den gestiegenen Umlagegrundlagen, weil sie wiederum die Berechnungsgrundlage für die vom Kreis zu zahlende Landschaftsumlage sind.

Der Landschaftsverband geht bei seiner eigenen Haushaltsplanung nicht nur von veränderten Umlagegrundlagen aus. Er plant eine Erhöhung des Hebesatzes um 1,2 %-Punkte. Schon auf Grund der höheren Umlagegrundlagen (bei unverändertem Hebesatz von 14,6 %) erhöhen sich die Aufwendungen des Kreises Borken für die Landschaftsumlage um ca. 2,6 Mio. EUR auf 61,7 Mio. EUR. Die fiktive Anhebung der Schlüsselzuweisungen ist an dieser Stelle unberücksichtigt geblieben. Der geplante Anstieg der Landschaftsumlage um 1,2 %-Punkte würde für den Kreis Borken einen weiteren Mehraufwand von 5,1 Mio. EUR bedeuten.

Der Haushaltsplanentwurf des Kreises Borken berücksichtigt diesen Mehraufwand (aus der Hebesatzsteigerung) nicht. Sollte es zu dieser Hebesatzerhöhung kommen, müsste sie unmittelbar über eine entsprechend höhere Kreisumlage aufgefangen werden. Die Haushaltssatzung sieht dafür eine Regelung im § 8 vor.

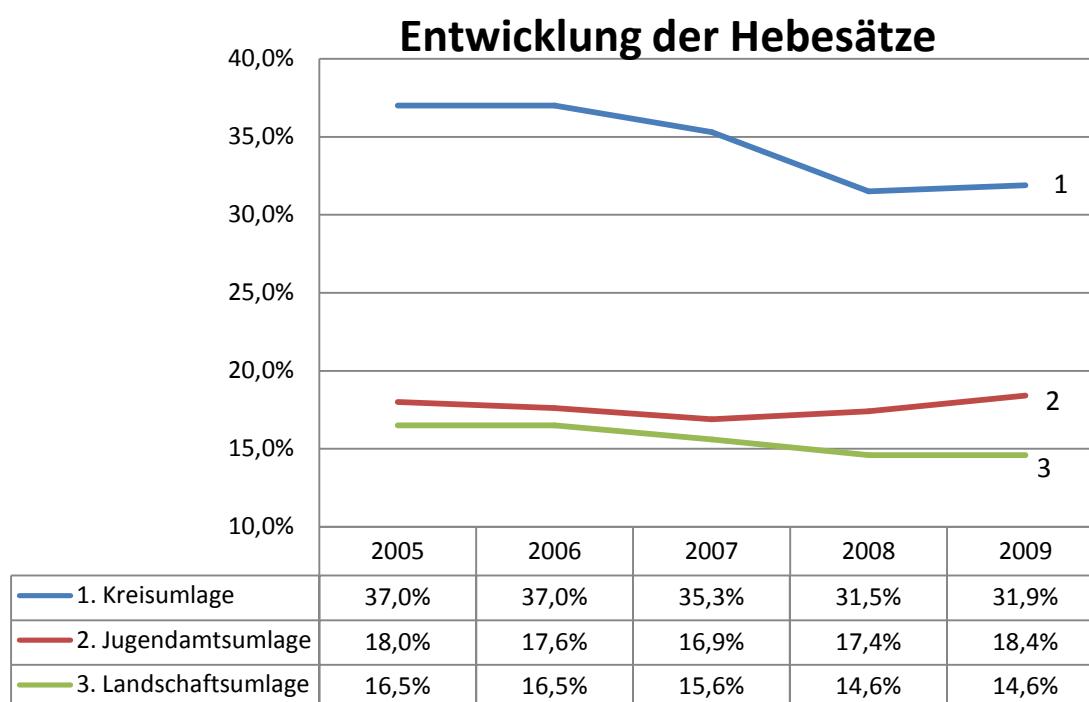
Bestandteil der allgemeinen Finanzierungsmittel ist die Schul- und Bildungspauschale, obwohl sie zweckgerichtet der Verbesserung der räumlichen Situation der Schulen dient. Sie wird in Höhe von 1,5 Mio. EUR im Finanzplan Investitionen im schulischen Bereich zugeordnet und in Höhe von 1,3 Mio. EUR im Ergebnisplan für Maßnahmen zur Verbesserung der Gebäudesubstanz.

Im Gegensatz zu früheren Haushaltsplänen wird ab 2009 die Investitionspauschale (753 T-EUR) trotz ihrer Bezeichnung nicht mehr investiv im Finanzplan, sondern konsumtiv im Ergebnisplan veranschlagt. Dadurch wird berücksichtigt, dass sie bei Kreisen für Maßnahmen zur Verbesserung der Altenhilfe und -pflege verwendet werden soll, die beim Kreis Borken haushaltsrechtlich keinen investiven Charakter haben. Damit werden Bilanzierungsregelungen entsprechend der Eröffnungsbilanz umgesetzt. Hierfür werden dann keine aufzulösenden Sonderposten gebildet. Aktuell führt dies zu höheren Erträgen des Kreises und einem entsprechend niedrigeren Bedarf an Kreisumlage.

Damit werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, die Kreisumlagenbelastung möglichst niedrig zu halten.

Für den Kreishaushalt 2009 bedeutet dies, dass im allgemeinen Haushalt der Deckungsbedarf 104,4 Mio. EUR betragen wird. Unter Zugrundelegung des im Jahr 2008 geltenden Hebesatzes für die allgemeine Kreisumlage kann der Kreis Borken mit Erträgen aus allgemeinen Finanzierungsmittel von 102,0 Mio. EUR rechnen. Das ergibt eine Finanzierungslücke von 2,4 Mio. EUR. Um sie zu schließen, müsste die allgemeine Kreisumlage um 0,6 %-Punkte auf 32,1 % der Umlagegrundlagen aus der ersten Modellrechnung angehoben werden. In der Diskussion mit Vertretern der Städte und Gemeinden wurde jedoch eine Defizitveranschlagung i.H.v. rd. 1 Mio. EUR mit Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage besprochen. Somit verringert sich die Finanzierungslücke auf ca. 1,4 Mio. EUR, was einer Hebesatzsteigerung um 0,4 %-Punkten entspricht. Damit liegt der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage bei 31,9 %.

Im Haushalt für den Fachbereich Jugend und Familie ergeben sich Aufwendungen von 30,4 Mio. EUR, denen bei einem Hebesatz wie im Vorjahr Erträge von 28,7 Mio. EUR gegenüber stehen. Die Jugendamtsumlage muss deshalb um 1 %-Punkt auf 18,4 % der Umlagegrundlagen angehoben werden.



Die wesentlichen Entwicklungen insbesondere bei den Aufwendungen der Einzelbudgets werden nachfolgend dargestellt.

## **2. Die Einzelbudgets**

### **Budget 01 – Soziales**

Das größte Budget des Kreises weist stets eine Fülle von Veränderungen auf. Insgesamt erhöht sich der rein fachliche Aufwand um rd. 2,7 Mio. EUR.

Relativ konstant bleiben die Hilfen zum Lebensunterhalt im Produkt 01.01.01. Eine sogar positive Entwicklung nimmt im Vergleich zum Vorjahr die Grundsicherung im Alter (Produkt 01.01.02). Der Grund liegt aber nicht in verbesserten Fallzahlen, die sich weiter erhöhen und zu Mehraufwendungen von 600 T-EUR führen werden. Vielmehr kommt es zu Mehrerträgen bei der Kostenbeteiligung des Bundes von 835 T-EUR. Der Gesetzentwurf 2008 sah eine Bundesbeteiligung von 7,1 % der Netto-Vorvorjahresaufwendungen vor. Das war auch die Grundlage für die Ansatzbildung des Jahres 2008. Tatsächlich wurde aber eine Beteiligungsquote von 13 % festgelegt, die auch der Ansatzplanung 2009 zu Grunde liegt.

Damit enden aber schon die positiven finanziellen Nachrichten des Sozialbudgets. 810 T-EUR mehr werden für die Hilfen bei Pflegebedürftigkeit (Produkt 01.01.03) benötigt. Hierfür sind verschiedene Gründe ausschlaggebend. Für sogenannte „eingestreuete Kurzzeitpflegeplätze“ sind jetzt auch Zuschüsse zu zahlen. Es erhöhen sich die Aufwendungen im Rahmen des Pflegewohngeldes, und es steigen die Fallzahlen bei der vollstationären Hilfe u.a. durch zwei neue Pflegeeinrichtungen. Außerdem engagiert sich der Kreis weiter im Rahmen der Umsetzung des Projektes „Leben im Alter neu denken“, um dadurch Hilfemöglichkeiten außerhalb einer Heimunterbringung zu schaffen.

Um 335 T-EUR wird der Bedarf an Hilfen für behinderte Menschen steigen (Produkt 01.02.01), u.a. für eine stärkere individuelle Unterstützung von Förderschülern mit dem Einsatz von Integrationshelfern. Neu hinzu kommen auch Aufwendungen für tagesstrukturierende Hilfen für ältere Menschen mit Behinderungen.

Mit deutlichen Veränderungen ist bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu rechnen (Produkt 01.04.01). Die Ursache liegt in einem weiteren Rückgang des landesweit verfügbaren Betrages. Für den Kreis Borken bedeutet dies einen Minderertrag von ca. 1,5 Mio. EUR. Verstärkt wird der negative Trend noch durch eine geringere Beteiligungsquote des Bundes, die um 3 %-Punkte sinken wird (Minderertrag i.H.v. rd. 800 T-EUR), obwohl die Energiepreise zu einer Steigerung der Unterkunftskosten führen werden. Der Mehrbedarf hierfür ist mit 1 Mio. EUR veranschlagt. Durch die hälftige Finanzbeteiligung der Städte und Gemeinden kann diese Entwicklung nur teilweise aufgefangen werden.

## Budget 02 – Jugend und Familie

Im Eingangskapitel „Allgemeine Finanzierungsmittel“ wurde bereits festgestellt, dass zur Finanzierung der Aufgaben der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit eine Erhöhung der Jugendamtsumlage unerlässlich ist. Dafür gibt es im Wesentlichen drei Ursachen: Die Tagesbetreuung für Kinder nach dem neuen Kinderbildungsgesetz, höhere Fallzahlen und der allgemeine Personalkostenanstieg, auch für die Inanspruchnahme von Fachleistungen bei verschiedenen Hilfearten.

Die Produkte im Einzelnen:

Die fachbezogenen Aufwendungen des Produkts Kinder- und Jugendarbeit (02.01.01) reduzieren sich um 28 T-EUR. Zwar entlastet das in geringem Umfang den durch die Jugendamtsumlage zu finanzierenden Aufwand, doch bedeutet das mit Blick auf den gesamten Haushalt keine Einsparung. Es werden lediglich Kosten für die Beratungs- und Clearingstelle Rhede/Isselburg im Projekt „Übergang Schule-Beruf“ in das Schulbudget (05) verlagert.

Neben dieser geringen, eher redaktionellen Anpassung müssen im Budget Jugend und Familie erhebliche Mehrbedarfe aufgefangen werden. Das umfangreichste Paket schnürte das erstmals voll in die Haushaltsplanung einzubeziehende Kinderbildungsgesetz (Produkt 02.02.01). Zwar erhöht sich der Landesanteil für die Umsetzung dieses Gesetzes und den weiteren Ausbau der Betreuung der unter dreijährigen Kinder um 3,6 Mio. EUR, und über die Elternbeiträge wird mit Mehrerträgen von rd. 400 T-EUR gerechnet. Damit sind jedoch die Mehraufwendungen des Kreises in keiner Weise gedeckt. Der Mehrbedarf allein für die Betriebskostenzuschüsse an Kindertageseinrichtungen ist mit 6,380 Mio. EUR veranschlagt. Insgesamt muss der Kreis Borken für dieses Angebot unter Abzug der Landesmittel und Elternbeiträge 12,1 Mio. EUR einsetzen. Hinzu kommen als weiterer Mehrbedarf 470 T-EUR für den Einsatz von Tagesmüttern (u.a. für zusätzlich zu übernehmende Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung). Kreisweit liegen die kommunalen Aufwendungen für die Kinderbetreuung noch erheblich höher, weil die Städte Ahaus, Bocholt, Borken und Gronau die Jugendhilfeaufgaben selbständig wahrnehmen.

Auch die familienunterstützenden Hilfen (Produkt 02.03.02) weisen beachtliche Steigerungsraten auf. Die flexiblen Erziehungshilfen müssen in zunehmendem Maße erbracht werden. Für 2009 kommt hinzu, dass die an die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes angelehnten Stundensätze für Fachleistungen externer Anbieter angepasst werden mussten. Insgesamt wird bei diesem Produkt gegenüber dem Jahr 2008 mit Mehraufwendungen von rd. 600 T-EUR (ohne eigenen Personalaufwand) gerechnet. Weiterhin steigen die Aufwendungen im Bereich der Hilfen außerhalb der Familie (Produkt 02.03.03) an. Für 2009 wird wegen höherer Fallzahlen und der Kostensteigerungen für Heim- und Vollzeitpflegesätze mit einer zusätzlichen Belastung von 420 T-EUR gerechnet.

Und noch in einem weiteren Produkt führt die Entwicklung zu Mehraufwendungen: bei den Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (02.03.05). Auch hier gilt, dass mit weiter ansteigenden Fallzahlen gerechnet wird und sich 2009 die tariflichen Anpassungen auf die Pflegesätze auswirken werden (Mehraufwand 65 T-EUR).

### Budget 03 – Tiere und Lebensmittel

Mit 111 Beschäftigten – Vollzeit und Teilzeit - (Stellenplan 2009) ist die Höhe des Budgets stark von der Entwicklung der Personalaufwendungen abhängig. Darüber hinaus ist es gegenüber dem Vorjahr ohne wesentliche Veränderungen geplant. Ein wenig gilt bei dieser Veranschlagung das „Prinzip Hoffnung“. Denn unvorhergesehene Seuchenzüge und Impfkationen belasteten den Veterinärbereich in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang. Das wirkte sich insbesondere bei der Umsetzung der Leistungsziele aus. Regelmäßig mussten dabei die Aufgabenschwerpunkte neu gesetzt und der Personaleinsatz angepasst werden. Nicht vermeidbare Anstiege bei den Sachkosten können 2009 durch Minderaufwendungen beim Chemischen Untersuchungsamt des Kreises Recklinghausen gedeckt werden. Hier lässt der Kreis Borken die Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeproben untersuchen.

### Budget 04 – Gesundheit

Auch dieses Budget ist mit 74 Beschäftigten – Vollzeit und Teilzeit - (lt. Stellenplan) in erheblichem Maße von tariflichen Entwicklungen abhängig. Die für die Gesamtverwaltung zu Grunde gelegten Anpassungen wirken sich damit auch hier auf die Personalaufwendungen aus. Zudem steigen die Zuschüsse für Beratungs- und Fördereinrichtungen um rd. 20 T-EUR.

### Budget 05 – Schule, Bildung, Kultur und Sport

Der Titel des Budgets macht es schon deutlich: Hier werden verschiedenste Aufgaben abgewickelt. Entsprechend kommt es jährlich zu Mehr- oder auch Minderbedarfen, die im Rahmen der bestehenden Instrumente flexibler, budgetorientierter Haushaltsbewirtschaftung gedeckt werden. Allerdings weist das Budget mit dem Produkt 05.01.02 (schul- und schülerbezogene Leistungen des Schulträgers) einen Bereich auf, der seit Jahren höhere Aufwendungen verursacht. Das ist auch 2009 so. Allein für die Schülerbeförderung im ÖPNV und bei privaten Beförderungsunternehmen ist ein Mehrbedarf von 117 T-EUR vorgesehen. Eine immer stärkere Ausstattung der Schulen mit EDV-Anlagen verursacht darüber hinaus in diesem Produkt höheren Unterhaltungsaufwand.

Im Produkt 05.01.01 (Zentrale Steuerung und Beratung) sieht der Haushaltsplan einen Zuschuss von 110 T-EUR zu einer Sanierungsmaßnahme an der Förderschule mit dem Schwerpunkt für geistige Entwicklung „Bischof Ketteler Schule“ in Bocholt vor.

Ein Mehraufwand ergibt sich für die Vorhaben im Zusammenhang mit den Bildungsinitiativen des Kreises in Höhe von 53 T-EUR. Dadurch kann die Arbeit der Clearingstellen in Rhede und Isselburg sowie der dort eingesetzten Ausbildungslotsen (unter Beteiligung der Agentur für Arbeit Coesfeld) fortgesetzt werden. Die Mittel standen 2008 noch im Budget 02 zur Verfügung. Da aber alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden von dieser Maßnahme profitieren, wird der Ansatz in den allgemeinen Haushalt verlagert und das Budget 02 in Höhe des dort bisher zur Verfügung stehenden Ansatzes entlastet.

Darüberhinaus entstehen für Personalaufwendungen, die bis 2008 aus dem jetzt weggefallenen Bundeszuschuss des Förderprogramms „Starke Bildung – starke Region“ finanziert werden konnten.

Seit Mitte 2008 hat das Land die Bezuschussung der „Kleinen privaten Denkmalpflege“ eingestellt. Analog dieser Landesregelung führt auch der Kreis Borken seine Leistungen für die Denkmalpflege auf einen Ansatz von 10 T-EUR zurück (Produkt 05.02.03). Die Mittel sollen künftig nur noch für die Restaurierung von Objekten ohne wirtschaftliche Bedeutung eingesetzt werden (z.B. für Bildstöcke). 10 T-EUR sind für das Euregio-Projekt „Drilandstein“ eingeplant mit dem Ziel der touristischen Vermarktung des historischen Grenzsteins.

In diesem Zusammenhang ist auf eine geplante größere Baumaßnahme für das Berufsorientierungszentrum an der Berufsbildungsstätte (BBS) in Ahaus hinzuweisen. Die BBS beabsichtigt den Bau von neuen Werkshallen (Bank-, Maschinen- und Lagerraum) für den Teilbereich „Holz“, der seinen bisherigen Standort aufgeben muss. Dort sind die Gebäude abgängig; zudem wird das Gelände von der Stadt Ahaus überplant. Eine Räumung muss bis zum 31.12.2009 vollzogen sein. Die der BBS entstehenden Gesamtkosten für die Baumaßnahme belaufen sich auf 1,4 Mio. EUR. Da die Stadt Ahaus sich voraussichtlich mit 150 T-EUR beteiligen wird, verbleiben für den Kreis netto 1,25 Mio. EUR. Zur Entlastung des Ergebnisplanes soll die finanzielle Unterstützung mit einer mehrjährigen, einklagbaren Gegenleistungsverpflichtung verbunden werden, so dass sie nicht im Ergebnis- sondern im Finanzplan zu veranschlagen ist.

#### Budget 06 – Natur und Umwelt

Die Umsetzung verschiedener Projekte im Rahmen der Zielplanung erhöht den Zuschussbedarf um rund 100 T-EUR. Im Produkt „Umweltinformationen“ (06.01.01) sind 30 T-EUR für die Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes vorgesehen.

Mit verschiedenen Maßnahmen unterstreicht der Kreis Borken die Bedeutung des Gewässerschutzes (Produkt 06.02.01). So ist gegenüber dem Vorjahr ein Mehraufwand von rd. 30 T-EUR für die Unterhaltung von Hochwasserschutzanlagen eingeplant. Mit 150 T-EUR – dafür 120 T-EUR Zuschuss-Ertrag – wird das Konzept „Durchgängigkeit Bocholter Aa“ fortgesetzt.

Grenzüberschreitende Aspekte beim Management von Naturschutzgebieten sollen im Rahmen eines Workshops thematisiert werden. Beachtliche 153 T-EUR wird der Kreis Borken für die Umsetzung des Wettbewerbs „Erlebnis.NRW“ einsetzen. Den Aufwendungen für das Projekt in Höhe von 765 T-EUR stehen Landeszuweisungen von 612 T-EUR gegenüber. In einem vierjährigen Zeitraum beläuft sich das Gesamtvolumen sogar auf 1,9 Mio. EUR. Durch Maßnahmen in und um Landschafts- und Naturschutzgebiete sollen die Interessen des Naturschutzes, der Naherholung und des Tourismus` zusammengeführt werden.



## Budget 07 – Verkehr

Aus haushalterischer Sicht zeichnet sich dieses Budget stets durch hohe eigene Gebühreneinnahmen aus. Das wird auch 2009 so sein.

Dennoch verringert sich das positive Budgetergebnis. Ursächlich ist dafür in besonderem Umfang das von der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) prognostizierte Jahresergebnis 2008, das zu einer Defizitabdeckung seitens des Kreises in Höhe von rd. 370 T-EUR führt. Im Vorjahr ist für diesen Zweck kein Aufwand entstanden, da die RVM Rückstellungen aufgelöst und von erhöhten Erträgen aus Fahrgeldabrechnungen profitiert hat. Diese Situation war allerdings einmalig. Zuvor lag die Beteiligung des Kreises auf ähnlich hohem Niveau wie 2009 (Produkt 07.02.02).

Ein Mehraufwand entsteht in dem Produkt 07.02.02 (ÖPNV) zudem in Höhe von 100 T-EUR für zusätzliche ÖPNV-Angebote. Darunter fallen unter anderem die Umstellung auf Regiobus-Standard, die Umsetzung des Freizeitfietsenbus-Konzepts sowie zusätzliche Fahrten auf der Sprinterbuslinie.

## Budget 08 – Bauen und Wohnen

Insgesamt entwickelt sich das Budget im Rahmen des Vorjahres, wobei natürlich auch bei diesem personalintensiven Aufgabenbereich jede Vergütungs- und Besoldungserhöhung spürbare Auswirkungen auf die Höhe der Aufwendungen hat. Konstant halten sich dagegen die Bauaufsichtsgebühren (Produkt 08.01.01) seit 2006 bei etwa 1,2 Mio. EUR.

## Budget 09 – Vermessung und Kataster

Eine Ertragsverbesserung wird bei den Katastergebühren erwartet (100 T-EUR). Wie in vielen anderen Aufgabenbereichen zeigt sich aber auch hier, dass immer größere Technisierung von Arbeitsabläufen nicht nur Ersparnisse bringt. Es steigen auch die Aufwendungen, in diesem Fall für die Wartung der ADV-Einrichtungen des Fachbereiches sowie für ADV-Dienstleistungen des Kreises Steinfurt. Sie führen im Produkt 09.01.04 (Katastererneuerung) zu Mehraufwendungen von 45 T-EUR.

## Budget 10 – Sicherheit und Ordnung

In diesem Budget sind 2009 Investitionen in größerem Umfang vorgesehen. 590 T-EUR und damit ein Plus von 100 T-EUR gegenüber 2008 sieht der Finanzplan im Produkt 10.01.03 (Bevölkerungsschutz) für die Erneuerung der Kommunikations-, Alarmierungs-, Haus- und Netzwerktechnik in der Leitstelle vor. Während das Einsatzleitsystem bereits in den Jahren 2007 und 2008 erneuert wurde, steht für die übrige, jetzt neun Jahre alte Technikausstattung der Komplettaustausch an. Dazu gehört auch die Umstellung auf Digitalfunk.

Im Produkt 10.01.04 (Rettungsdienst) sieht der Haushaltsplan die Beschaffung von vier neuen Rettungswagen (490 T-EUR) und eines Systems zur mobilen

Datenerfassung im Rettungsdienst vor (100 T-EUR). Über die Abschreibungen fließen diese Investitionen in den Ergebnisplan und somit in die Rettungsdienstgebühren ein. Im Budget ist eine Entnahme aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich i.H.v. rd. 120 T-EUR eingeplant.

## Budget 11 – Querschnittsfunktionen, zentrale Dienste

### Personalaufwendungen

Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst vom 31.03.2008 beeinflusst in großem Umfang die Personalaufwendungen 2009. Darüber hinaus führen Besoldungssteigerungen für die Beamten zu einem Mehrbedarf. Damit einher gehen folglich auch erhöhte Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen. Der Anstieg im Personalbereich wird brutto insgesamt auf 5,3 Mio. EUR (inkl. Personalmehraufwand des BG 02 i.H.v. 520 T-EUR) beziffert.

Im Einzelnen ist davon auszugehen, dass rd. 1,6 Mio. EUR mehr als Folge des Tarifabschlusses aufzubringen sind. Kalkuliert wurden für die tariflich Beschäftigten eine Steigerung von 2,8 % sowie eine Einmalzahlung (~ +550 T-EUR). Für den Beamtenbereich wird mit einer Anpassung der Besoldung analog der Steigerung der tariflich Beschäftigten gerechnet. Insbesondere im Hinblick auf laufende Klageverfahren um die Frage der amtsangemessenen Besoldung für Beamte (wegen Wegfall des Urlaubsgeldes, deutlicher Reduzierung der Weihnachtiszusatz, Verdoppelung der Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe und Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 41 Std.) wird diese Entwicklung erwartet. Wird die Steigerung der Angestelltengehälter inkl. aller Einmalzahlungen sinngemäß auf die Beamtenbesoldungen umgerechnet, ergibt sich ein Kostenanstieg von 3,8 %. Dieser wirkt sich mit rd. 720 T-EUR haushaltsbelastend aus.

Leider lässt sich der Weg des Kreises der letzten Jahre, Stellen abzubauen, nicht fortsetzen. Der Ergebnisplan beinhaltet die Einrichtung von rd. 6 neuen Stellen. Im Stellenplan sind zwar 9,4 zusätzliche Stellen vorgesehen, insbesondere im Schulbereich (u.a. Schulsozialarbeit) und in der Jugendhilfe. Es wird aber davon ausgegangen, dass die Stellen nicht das ganze Jahr über besetzt sein werden, so dass monetär lediglich Mittel für rd. 6 Stellen zusätzlich eingeplant wurden.

Gleichzeitig ist von erhöhten Beiträgen für die Versorgungskasse und für Beihilfen für die Beschäftigten und Versorgungsempfänger auszugehen. In der Summe bewegt sich der Ansatz um rd. 300 T-EUR aufwärts.

Die kalkulierte Steigerung der Beamtenbezüge zieht einen erhöhten Zuführungsbetrag zu den Pensions- und Beihilferückstellungen nach sich. Der für 2009 erwartete Anstieg der Beamtengehälter wird analog auch auf die Rückstellungsbildung angewandt. Nach vorläufiger gutachterlicher Berechnung muss ein zusätzlicher Betrag i.H.v. 2,9 Mio. EUR der Pensionsrückstellung zugeführt werden. Diese Prognosezahlen geben auch eine erhöhte Zuführung zur Beihilferückstellung für die Beschäftigten und Versorgungsempfänger von 460 T-EUR vor.

Entlastend wirkt sich gegenüber den oben genannten Aufwendungen die Erstattung des Landes für das im Rahmen der Aufgabenübertragung vom Land übernommene Personal mit ca. 940 T-EUR aus.

Die aufgeführten Personalaufwendungen berühren – wie gewohnt anteilmäßig und verursachungsgerecht – alle Einzelbudgets.

#### Wahlen (Produkt 11.02.02)

Für 2009 ist ein Ansatz zur Deckung der Aufwendungen für die anstehende Kommunalwahl in Höhe von 150 T-EUR vorgesehen.

#### Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Kreisentwicklung (Produkt 11.03.04)

In diesem Produkt werden verschiedenste, in der Regel zeitlich begrenzte Einzelprojekte abgewickelt. Fast jährlich kommen neue Vorhaben hinzu, andere wiederum laufen systematisch aus. Der Haushaltsplan 2009 sieht u.a. das Ende der Projekte T.E.A.M und des LEONARDO-Projektes vor. Neu aufgenommen wurden die Förderung des Pferdeterminismus und Projekte aus dem EU-Förderprogramm INTERREG IVA für die Periode bis 2013. Weitere neue Vorhaben in diesem Bereich sind das Projekt „Personalarbeit in Zeiten demographischen Wandels“ (100 T-EUR) sowie „FAMM“ (25 T-EUR). Bei FAMM handelt es sich um das Projekt Familie – Arbeit – Mittelstand im Münsterland. Es soll unterstützend ansetzen mit dem Ziel, in den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Verankerung von familienfreundlichen Arbeitsstrukturen in den Betrieben zu verbessern.

#### IT-Betrieb (Produkt 11.04.01)

Insgesamt 1.170 T-EUR wird der Kreis Borken im Jahr 2009 in die Verbesserung der IT-Infrastruktur investieren. Neben verschiedenen Anschaffungen im Hard- und Softwarebereich ist auch eine Umstellung der Kommunikationstechnik der Kreisverwaltung vorgesehen (250 T-EUR).

#### Haushaltsangelegenheiten (Produkt 11.06.01)

Die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement ist nicht nur ein erheblicher personeller Kraftakt, auch Sachaufwendungen entstehen immer noch in nennenswertem Umfang. Für externe Beratungsaufgaben sieht der Plan 126 T-EUR vor. U.a. gutachtlich ist der Gesamtabschluss (Konzernbilanz) vorzubereiten. Außerdem sollen Fragen der Finanzbuchhaltung durch Fremdunterstützung geklärt werden. Dazu gehört auch die Beschaffung weiterer Software.

Die aktuelle Lage an den Finanzmärkten macht es schwierig, die Höhe der künftigen Zinserträge zu kalkulieren. Für die Haushaltsplanung wird davon ausgegangen, dass die Haben-Zinssätze zwar nicht mehr die Spitzenwerte des Jahres 2008 erreichen, sich aber auf relativ hohem Niveau bewegen werden. Es wirken darüber hinaus derzeitige günstige Abschlüsse in das Jahr 2009 fort. Gegenüber dem Haushalt 2008 sind deshalb Mehrerträge von 250 T-EUR vorgesehen.

## Budget 12 – Straßen, Gebäude, Grünflächen

Die Steigerung der Energiepreise schlägt sich auch im Kreishaushalt nieder. Allein für Strom und Heizung wird in den Schulen mit Mehraufwendungen gegenüber dem Vorjahr von 50 T-EUR gerechnet. Hinzukommen erhöhte Aufwendungen für die Reinigung der Schulgebäude i.H.v. ebenfalls rd. 50 T-EUR.

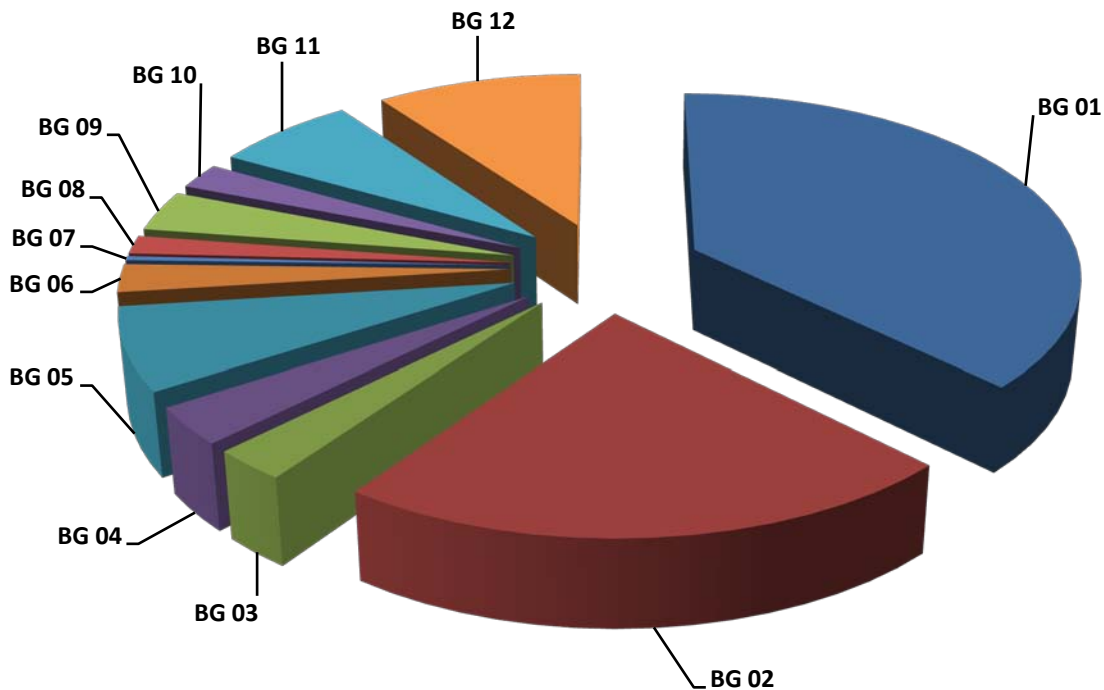
Die NKF-bedingten Kriterien der Zuordnung von Bau-, Beschaffungs- und Unterhaltungsmaßnahmen zum Ergebnis- bzw. zum Finanzplan führen zu einer Verschiebung von Ansätzen in den Ergebnisplan. So sind bisher als Investition im Finanzplan veranschlagte Maßnahmen der Deckenverstärkung und der Bausanierung als Unterhaltungsmaßnahmen zu definieren, was eine konsumtive Veranschlagung im Ergebnisplan bedeutet. Der dadurch den Ergebnisplan und somit auch die Folgejahre belastende Betrag beläuft sich auf ca. 1,4 Mio. EUR.

Entsprechend der Beschlusslage des Kreistages sieht der Haushaltsplan für das nächste Jahr eine Verdoppelung des Ansatzes für den kommunalen Radwegebau von bisher 500 T-EUR auf jetzt 1 Mio. EUR vor. Im gleichen Verhältnis ist eine Erhöhung des gemeindlichen Anteils von bisher 250 T-EUR auf jetzt 500 T-EUR eingeplant.

2009 sind Beträge für Deckenverstärkungen für die K 5 Isselburg (Fahrbahn und Radweg), die K 25 Gronau und die K 58 Heek-Nienborg geplant. Weitere Einzelmaßnahmen können noch nicht dargestellt werden, da die Durchführung von der Bewilligung des Landes abhängt.

Die vor rund 30 Jahren errichteten zentralen Einrichtungen bei der Neumühlenschule in Borken mit Schwimm-, Sport- und Gymnastikhalle, Küchen- und Mensabereich sowie die Versorgungstechnik sind nach baufachlichem Gutachten abgängig. Der Kreis muss sich an den Kosten entsprechend seiner Nutzung beteiligen. Die Beträge für 2009 und 2010 in Höhe von je 500 T-EUR sind vorsorglich veranschlagt worden (Produkt 12.01.01). Die genauen Maßnahmen werden in Abstimmung mit der Stadt Borken geplant und umgesetzt.

Die Anteile der einzelnen Budgetsummen am Gesamthaushalt verteilen sich wie folgt:



### 3. Haushaltsausgleich

#### Allgemeiner Haushalt

Unter der Annahme gleichbleibender Hebesätze (Kreisumlage, Landschaftsumlage) und unter Berücksichtigung der Veränderungen in den Einzelbudgets ergibt sich trotz knapper Kalkulationen für den allgemeinen Haushalt im Ergebnisplan für 2009 eine Finanzierungslücke i.H.v. rd. 3,4 Mio. EUR:

Gesamtaufwendungen (netto)	104,4 Mio. EUR
Allgemeine Finanzierungsmittel	101,0 Mio. EUR
<b>Finanzierungslücke</b>	<b>3,4 Mio. EUR</b>

Diese Summe würde zu einer Hebesatzsteigerung der allgemeinen Kreisumlage (auf Basis der Daten aus der ersten Modellrechnung zum GFG 2009) i.H.v. 0,9 %-Punkten führen.

Auf Grund der aktuellen Steuerschätzungen wird davon ausgegangen, dass sich die Daten aus der ersten Modellrechnung zum GFG 2009 verbessern. Aus diesem Grund sind für den Entwurf der Haushaltssatzung um 1 Mio. EUR höhere Schlüsselzuweisungen angesetzt worden. (Die fiktive Anhebung der Schlüsselzuweisungen wurde nicht auf die Bemessung der Umlagegrundlagen des Landschaftsverbandes angewandt.) Diese mit erheblichen Risiken behaftete Planung des Ertrages führt zu folgendem Bild:

Gesamtaufwendungen (netto)	104,4 Mio. EUR
Allgemeine Finanzierungsmittel	102,0 Mio. EUR
<b>Finanzierungslücke</b>	<b>2,4 Mio. EUR</b>

Durch eine Hebesatzsteigerung der allgemeinen Kreisumlage i.H.v. 0,6 %-Punkten könnte das Defizit ausgeglichen werden.

Als Folge der Diskussion mit den Vertretern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und des voraussichtlich positiv abschließenden Jahres 2008 ist im Ergebnisplan ein Defizit von rd. 1 Mio. EUR veranschlagt worden. Damit ergibt sich folgende Übersicht:

Finanzierungslücke	2,4 Mio. EUR
Defizitveranschlagung	1,0 Mio. EUR
<b>zu finanzierender Aufwand</b>	<b>1,4 Mio. EUR</b>

Der über die Kreisumlage zusätzlich zu finanzierende Aufwand beläuft sich somit auf rd. 1,4 Mio. EUR. Dies entspricht einer Steigerung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage um 0,4 %-Punkte auf insgesamt 31,9 %.

Nicht zu vernachlässigen ist bei dieser Planung, dass die Defizitveranschlagung zu einer Minderung der ohnehin relativ geringen Ausgleichsrücklage, die einen Bestand von 9,4 Mio. EUR aufweist, führt.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat eine Erhöhung des Hebesatzes seiner Umlage um 1,2%-Punkte angekündigt. Für den Kreis Borken würde das einen Mehraufwand von weiteren 5,1 Mio. EUR bedeuten, was einer Hebesatzsteigerung von 1,3 %-Punkten der Kreisumlage entspricht (auf Basis der Daten aus der ersten Modellrechnung zum GFG 2009).

Für den Haushaltsplanentwurf des Kreises ist dafür keine Umlagenerhöhung berücksichtigt. Sofern der Landschaftsverband Westfalen-Lippe seine Umlage 2009 anheben wird, muss diese Belastung zusätzlich und vollständig an die Städte und Gemeinden weitergegeben werden.

## Haushalt für das Budget Jugend und Familie

Als Fazit aus den zum Budget 02 dargestellten Entwicklungen ergibt sich für das Jugendamtsbudget folgendes Bild:

Gesamtaufwendungen (netto)	30,4 Mio. EUR
Erträge aus der Jugendamtsumlage	28,7 Mio. EUR
<b>Finanzierungslücke</b>	<b>1,7 Mio. EUR</b>

Insgesamt muss demnach der Hebesatz der Jugendamtsumlage um 1,0 %-Punkt auf 18,4 v. H. angehoben werden.

### **4. Finanzplan**

Der Finanzplan enthält alle Ein- und Auszahlungen – verzeichnet somit jegliche Zahlungsströme. Neben den Zu- und Abflüssen, die aus dem Ergebnisplan resultieren, enthält er darüberhinaus alle Investitionen und Neuaufnahmen bzw. Tilgungen von Krediten. § 75 VI GO schreibt vor, dass die Liquidität einschließlich der Investitionen sicherzustellen ist.

Die Summe der Investitionen beläuft sich unter Berücksichtigung der auf sie entfallenen Einzahlungen 2009 auf 10,5 Mio. EUR. Die größten eigenen investiven Maßnahmen des Jahres 2009 werden sein:

<b>Maßnahme</b>	<b>Betrag in EUR</b>	<b>Budget</b>
Rekultivierung Deponien in Altstätte und Hoxfeld	3.400.000	BG 06
Erwerb Hard- und Software	1.170.000	BG 11
Neue Maßnahmen im Straßenbau	1.600.000	BG 12
Kommunalfinanzierter Radwegebau	1.000.000	BG 12
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	950.000	BG 05
Deckenverstärkung	675.000	BG 12
Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten (Rettungsdienst)	660.000	BG 10
Ausstattung, Ausrüstungsgegenstände (u.a. für die Kreisleitstelle)	590.000	BG 10
Zentrale Einrichtung Neumühlenschule Borken	500.000	BG 12
Sonstiger Hochbau (Erweiterung BK Technik Ahaus)	320.000	BG 12
Ergänzung und Erneuerung des Maschinen- und Geräteparks (Straßenbau)	170.000	BG 12

Ergänzung der Anlagen zur Überwachung d. Straßenverkehrs	130.000	BG 07
Investitionsmaßn. nach d. BBodSchG	115.000	BG 06
Brückenbau und grundlegende Sanierung	100.000	BG 12
Auszahlungen für die Abwicklung von Baumaßnahmen	100.000	BG 12
Umstellung ALKIS	100.000	BG 09

Neben den Netto-Investitionen i.H.v. 10,5 Mio. EUR muss der Kreis Borken i.H.v. ca. 1 Mio. EUR Darlehen tilgen. Somit können zusammengefasst zunächst 11,5 Mio. EUR liquiditätsmäßig nicht gedeckt werden. Andererseits ergeben sich Einzahlungen, denen keine Auszahlungen gegenüber stehen z.B. aus Abschreibungen, Rückstellungszuführungen. In der Summe kommt es dadurch im Jahr 2009 zu einem Liquiditätsabfluss von ca. 2,4 Mio. EUR. Entsprechend der Haushaltssystematik können solche Liquiditätsabflüsse nur durch Darlehensaufnahme gedeckt werden. Diese würden aber wieder Zinsaufwand verursachen. Aktuelle Hochrechnungen, deren Annahmen jedoch noch genauer zu verifizieren sind, lassen andererseits für einen mittelfristigen Zeitraum bei den Pensionsrückstellungen einen Liquiditätszufluss erkennen. Es wird derzeit für vertretbar gehalten, für die Investitionen des Jahres 2009 auf eine Kreditfinanzierung zu verzichten. Der Kreis setzt bei dieser Praxis allerdings die sich aus der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen ergebenden Beträge investiv ein. Sie werden dadurch für ihren eigentlichen Zweck nicht angespart.

## **5. Neues Kommunales Finanzmanagement**

Der Kreis Borken stellte sich als einer der ersten nordrhein-westfälischen Kreise auf den neuen Rechnungsstil des NKF um. Das Ziel war es, sehr schnell Erfahrungen zu sammeln und die Erkenntnisse in den landesweiten Entwicklungsprozess einzubringen. Empfehlungen des Kreises Borken wie auch anderer „NKF-Piloten“ hat das Land jedoch nur in geringem Umfang kurzfristig umgesetzt. Sie sollen in die Evaluation des Gesetzes einfließen. Wenn sich auch zwischenzeitlich zeigt, dass die praxisnahen Hinweise des Kreises sinnvoll waren, indem andere Kommunen zu Einzelfragen zu ähnlichen Erkenntnissen kommen, kam der Kreis Borken nicht umhin, Bilanzierungen und buchhalterische Abläufe nachträglich zu überarbeiten.

Die Eröffnungsbilanz ist testiert und durch die Gemeindeprüfungsanstalt geprüft. Allerdings konnten die Jahresabschlüsse 2006 und 2007 noch nicht endgültig abgeschlossen werden.

Zu erheblichen Auswirkungen führen Veränderungen beim landesweit vorgegebenen Kontenrahmen für die Verbuchung der Erträge und Aufwendungen sowie der Ein- und Auszahlungen. Für seine NKF-Haushalte und deren laufende Verbuchung aller Vorgänge setzte der Kreis Borken den zum Zeitpunkt der NKF-Einführung geltenden, vom Innenministerium vorgegebenen Kontenrahmen ein. Dieser wurde zwischenzeitlich völlig überarbeitet und wiederum für verbindlich erklärt. Das ist unproblematisch für alle Kommunen, die erst jetzt den Buchungsstil des NKF einführen.



Für den Kreis Borken bedeutet das jedoch, die Buchungsstrukturen in der Ergebnis- und der Finanzrechnung neu verknüpfen zu müssen. Hinzu kommt, dass natürlich alle früheren Buchungsvorgänge weiterhin erkennbar bleiben müssen.

Gemeinsam mit dem Softwarehersteller wurden in mehrmonatiger Arbeit Wege entwickelt, ab 2009 mit dem neuen Kontenrahmen arbeiten zu können. Dafür mussten die Daten von rd 9.000 Planungsstellen in den Ergebnis- bzw. Finanzplan überführt werden. Hinzu kommen ca. 1.500 Planungsstellen, die aufwendig manuell umgeschlüsselt werden mussten.

Gravierende Veränderungen zeigen sich durch Verschiebungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und den sonstigen ordentlichen Aufwendungen sowie bei den Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen.

Beispielsweise wird das Sachkonto für Mieten und Pachten aus der Kontengruppe 52 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in die Kontengruppe 54 (Sonstige ordentliche Aufwendungen) verschoben. Im Gegenzug werden die Erstattungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, die bisher der Kontengruppe 54 zugeordnet waren, nunmehr in der Kontengruppe 52 aufgeführt. Bei den Personalaufwendungen ergeben sich Verschiebungen durch Umschlüsselung der Beiträge zur Versorgungskasse für Beamte von der Kontengruppe 50 (Personalaufwendungen) zur Kontengruppe 51 (Versorgungsaufwendungen).

Im Rahmen der Umschlüsselung wurden im Haushaltsplan neben den Plansätzen 2009 und den Planansätzen der mittelfristigen Ergebnisplanung 2010 – 2012 auch die Planansätze 2008 sowie die vorläufigen Rechnungsergebnisse 2007 den neuen Kontengruppen zugeordnet. Dies ist auch konsequent, da eine Umschlüsselung und Neuordnung lediglich ab dem Haushalt 2009 die Vergleichbarkeit innerhalb der Ergebnispläne unmöglich machen würde.

Trotz vieler und immer wieder neu auftretender Fragestellungen setzt sich der Umstellungsprozess fort. Im nächsten Schritt ist der Gesamtabschluss gem. § 116 GO – die sogenannte „Konzernbilanz“ – zu erstellen. Hierfür sind Kenntnisse des Konzernrechnungswesens erforderlich. Der Kreis wird sich deshalb bei dieser Aufgabe von einem Fachunternehmen beraten lassen.